

## **PRESSEERKLÄRUNG**

18. Oktober 2006

### **Zentralrat gegen rassistischen „ARD-exklusiv“-Film**

Vor der Ausstrahlung einer „ARD-exklusiv“-Reportage des Hessischen Rundfunks (HR) müssten daraus rassistische Kennzeichnungen der Beschuldigten als Sinti und Roma und Kennzeichnungen mit polizeilichen Ersatzbegriffen entfernt werden. Das verlangt der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, in Briefen an ARD-Programmdirektor Günter Struve in München, an HR-Intendant Helmut Reize und an Hessens Innenminister Volker Bouffier, der auch Mitglied des HR-Rundfunkrates ist. In dem Film werden Einbrecherkinder krimineller Banden in Frankfurt von der Polizei als „MEM-Kinder“ bezeichnet, was laut Presstext vom Sender für die Fernsehzuschauer als „Mobile ethnische Minderheit“ und „Amtsdeutsch für Sinti und Roma“ übersetzt werde.

Die Reportage sollte zunächst am 8. November 2006, dem Vorabend des Jahrestags der Reichspogromnacht ausgestrahlt werden. Heute bekam der Zentralrat einen Brief des ARD-Programmdirektors, wonach der „ARD-exklusiv“-Film nun am 29. November für DAS ERSTE eingeplant sei. Aus der von Struve mitgeschickten ARD-internen Stellungnahme der verantwortlichen Redakteurin des HR, Anne Balzer, werde die rassistische Zielrichtung des Films gegen alle Sinti und Roma deutlich und der Zentralrat werde für die kriminellen Banden direkt verantwortlich gemacht, erklärte Rose. Die Redakteurin schrieb, „der Zentralrat“ sollte die Ausstrahlung des Films mit der darin enthaltenen Minderheitenkennzeichnung der Kriminellen „zum Anlass nehmen, Angehörige der eigenen Minderheit aufzufordern, solche Praktiken einzustellen oder zu unterbinden.“ Und Balzer weiter: Der Zentralrat könne ja hinterher selbst „einer Stigmatisierung entgegenwirken und deutlich machen“, dass „wenige Angehörige der Minderheit“, also nicht alle Sinti und Roma Einbruchskriminalität ausübten.

Rose warnte die ARD-Verantwortlichen vor solchen Entgleisungen. Er erinnerte Struve, Reitze und Bouffier an den Erlass von Hitlers Reichsinnenminister Frick aus dem Jahre 1935, der in der Berichterstattung genau diese Kennzeichnung mit der „Rassenzugehörigkeit“ verlangte und die von den Nazis gewünschte öffentliche Stigmatisierung der Juden und ebenso der Sinti und Roma bewirkte. Deshalb verlange der demokratische Rechtsstaat den Verzicht auf diese Kennzeichnungspraxis, und das werde von seriösen Medien und Behördenvertretern beachtet, schrieb Rose. Für die anderen verlangt der Zentralrat ein gesetzliches Diskriminierungsverbot.